

# LINKS TG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
161 · Ausgabe TG · März 2016



## Mission Wiederwahl glänzend absolviert! Herzliche Gratulation an unsere Regierungsrätin Cornelia Komposch

### DIE SP THURGAU DIE POLITISCHE KRAFT

In diesem Links wollen wir euch aus allen fünf Bezirken unseres Kantons eine kleine Auswahl an Neukandidierenden bei den Grossratswahlen vom 10. April 2016 vorstellen. In ihren Texten stellen sie unsere sieben Wahlthemen sichere Löhne, gerechte Steuern, gute Bildung, vielfältige Kultur, erneuerbare Energien, starker Service public und bezahlbarer Wohnraum vor. Als abtretende Parteipräsidentin freut es mich ausserordentlich, dass aus allen Bezirken auch jüngere Menschen bereit sind, sich für eine soziale und ökologische Politik in unserem Kanton zu engagieren. Die Ausgangslage ist in den Bezirken unterschiedlich:

Frauenfeld hat insgesamt einen Sitz weniger zu vergeben, Kreuzlingen einen mehr. Die Frauenfelder SP-Liste ist trotz der seit einem Jahr

nicht mehr im Grossrat sitzenden Regierungsrätin Cornelia Komposch sehr stark. Die sechs Bisherigen treten alle wieder an. Es dürfte spannend werden: Kann die Liste 5 hier ihre Sitzanzahl halten oder gar einen Sitzgewinn erzielen.

In Weinfelden treten ebenfalls die drei Bisherigen rund um Fraktionspräsidentin Sonja Wiesmann wieder an. Ein Sitzrückgewinn gegenüber 2012 ist mit dieser überzeugenden Liste möglich.

Münchwilens SP ist vor vier Jahren nur um wenige Stimmen an einem zweiten Sitz vorbeigeschrammt. Dieser soll nun 2016 Realität werden. Mit Herzblut und Engagement, auch dank diversen Neueintritten, könnte die Münchwiler SP einen weiteren Sitz aus dem eher konservativen Hinterthurgau «entführen».

Die SP Bezirk Arbon tritt mit einer spektakulären Liste zur Wahl an. Keine doppelt aufgeführten Namen, 32 namhafte Kandidierende aus dem ganzen Bezirk. Nach dem

**«Unser Ziel muss sein, die letzten drei der vor acht Jahren verlorenen Sitze zurückzugewinnen.»**

Rücktritt u. a. des langjährigen Präsidenten der SP Thurgau Peter Gubser gilt es erst mal die personellen Abgänge auszugleichen. Doch mit der vollen Liste beweisen die Arboner, dass sie gleichzeitig Hunger auf einen Sitzgewinn haben.

In Kreuzlingen ist eine Sitz mehr zu vergeben und die SP bringt sich in Stellung, diesen Sitz zu erobern. Ausserdem gilt es, zusammen mit der JUSO-Liste die Position als wählerstärkste Partei in der Stadt und im Bezirk zu verteidigen.

Unser realistisches Ziel muss sein, die letzten drei der vor acht Jahren verlorenen Sitze zurückzugewinnen. Einen weiteren Rechtsrutsch wie im Nachbarkanton St. Gallen wollen und müssen wir nach Kräften zu verhindern versuchen. Für einen solidarischen Kanton Thurgau – für alle, statt für wenige.

*Barbara Kern, Präsidentin, und  
Julian Fitze, politischer Sekretär  
SP Thurgau*



## ERNEUERBARE ENERGIEN

Wärme, Strom, Mobilität, Güterproduktion. Energie ist für den heutigen Menschen von existenzieller Bedeutung. Wir sehen es meist als selbstverständlich an, jederzeit Zugang dazu zu haben. Vielleicht bekommen wir am Rande mit, wie in anderen Ländern plötzlich kein Gas zum Heizen mehr zur Verfügung steht oder ständig der Strom ausfällt.

Die fossilen Energieträger (Erdöl, Gas) liefern in der Schweiz zurzeit etwa zwei Drittel der benötigten Energie. Wenn diese Energiezufuhr abrupt gestoppt würde, hätte das katastrophale Folgen für unsere Wirtschaft und unseren Alltag. Noch katastrophaler wäre ein Reaktorunglück in einem der Atomkraftwerke. Die grosse Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und Atomstrom bringt uns in eine ohnmächtige Position und zwingt uns dazu, die destruktiven Konsequenzen unseres Konsums in Kauf zu nehmen: Verstärkung der Erderwärmung, Umweltschäden beim Rohstoffabbau, radioaktive Abfälle, Unterstützung autokratischer Regime und Förderung kriegerischer Konflikte.

Erneuerbare Energien im Verbund mit höherer Energieeffizienz können ein Ausweg aus dieser Abhängigkeit sein. Da die In-

frastrukturen dafür grösstenteils erst noch aufgebaut werden müssen, besteht für das Gemeinwesen die Chance, vermehrt Kontrolle über die Energieversorgung zu gewinnen. Erneuerbare Energien lassen sich dezentral auf lokaler Ebene produzieren oder von Zusammenschlüssen mehrerer Gemeinden einkaufen. Dadurch ist eine Demokratisierung der Energieversorgung möglich, die es Politik und Gesellschaft erlaubt, ihre Kontrollfunktion wahrzunehmen, damit nachhaltige und finanziell tragbare Projekte umgesetzt werden. Langfristig muss das Ziel sein, den Zugang zu Energie für alle zu sichern, ohne dabei die Lebensgrundlagen für uns und andere zu zerstören. Dass die Thurgauer Bevölkerung diesen Anliegen positiv gegenübersteht, beweist die grossmehrheitliche Zustimmung zur Initiative von 2011, welche eine Stärkung erneuerbarer Energien in der Verfassung verankerte.

*Elina Müller, Bezirk Kreuzlingen, 05.06  
Architektin, Kreuzlingen*



## GERECHTE STEUERN

Zugegeben – auch ich vollführe keine Luftsprünge aus, wenn ich die alljährliche Steuerrechnung erhalte. Steuern können ein Ärgernis sein. Muss man doch einen Monatslohn oder mehr dem Staat abgeben. Aber: Dank der Steuern funktioniert unsere Gesellschaft. Strassen werden gebaut, Züge fahren, Kinder gehen zur Schule und ältere oder kranke Menschen werden gepflegt. Von diesen Leistungen profitieren wird täglich. Ohne Steuern kein Theater, keine Schule, keine Landwirtschaft – kein Service public. Da muss ich mir das mit den Luftsprüngen vielleicht doch nochmal überlegen.

### Personen und Firmen

Die Verfassung verlangt die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Reiche und weniger Reiche sollten gemäss ihren finanziellen Mitteln einen Steuerbeitrag leisten. Der Thurgau ist im steuerpolitischen Bereich ein Kanton mit mittlerer Steuerbelastung. Bei den Unternehmen ist die Belastung eher tief, bei den Haushalten liegt sie dagegen etwas über dem schweizerischen Mittel. Der Wettbewerb um möglichst

tiefe Steuersätze für Firmen zerstört das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen von den Unternehmen und von den Haushalten. Die verheerende Spirale geht voll zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger – entweder werden ihre Steuern entsprechend erhöht oder Leistungen müssen gekürzt werden.

### Kantone und Gemeinden

Die Kantone und Gemeinden regeln ihre Finanzen und Steuern selber. Das führt zu einem intensiven Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen und auch zwischen den Gemeinden innerhalb eines Kantons. Grössere Städte haben den Vorteil, dass sie mehr Arbeitsplätze, mehr Wohnungen, ein grösseres Kulturangebot, eine Vielfalt von Schulen und Bildungsangeboten und vieles mehr bieten können. Andererseits müssen sie auch für die Kosten all dieser Angebote aufkommen – zum Beispiel den Betrieb eines Hallenbades oder eines Museums. Warum müssen sich die 80 politischen Gemeinden im Thurgau gegenseitig im Steuerwettbewerb messen? Warum Städte gegen ländlichere Gemeinden ausspielen, wenn wir doch alle im gleichen Kanton leben? Wir alle profitieren vom gleichen Service public – ob wir am See, am Fluss oder in der Stadt leben.

Wir brauchen ein gerechtes und nachhaltiges Steuersystem ohne Schlupflöcher. Statt Steuergeschenke für wenige braucht es soziale Sicherheit für alle.

*Eveline Kunz, Bezirk Frauenfeld, 05.09  
Parteisekretärin, Hüttingen*



## GUTE BILDUNG

Als Student in Raumentwicklung und Infrastruktursysteme an der ETH Zürich geniesse ich wohl eine der besten Ausbildungen, die in der Schweiz möglich sind. Ich geniesse das Privileg, die Ausbildung zu machen, die mir wohl am besten entspricht. Dieses verdanke ich neben der Gesellschaft, die unser Bildungssystem finanziert, auch meinen Eltern, die für meinen Unterhalt aufgekommen sind während der Zeit, in der ich nicht arbeiten konnte.

Die Bürgerlichen gefährden nun genau dieses System. Wie in der ganzen Schweiz wird auch im Thurgau gespart, nicht zuletzt

## SP THURGAU – DIE POLITISCHE KRAFT FÜR:

- ... sichere Löhne
- ... gerechte Steuern
- ... gute Bildung
- ... vielfältige Kultur
- ... erneuerbare Energien
- ... starken Service public
- ... bezahlbaren Wohnraum



bei der Bildung. So wurden beispielsweise im Jahr 2014 zwölf Millionen Franken im Bildungsbereich abgebaut. Auch in Zukunft werden wohl weitere Abbaumassnahmen diskutiert und beschlossen - sollten die Bürgerlichen weiterhin ihre komfortable Mehrheit behalten.

Die Sparmassnahmen ermöglichen Steuerensenkungen für Reiche und treffen jene, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten und jeden Franken zweimal umdrehen müssen, bevor sie ihn ausgeben. Abbau bei der Bildung bedeutet Abbau bei der Zukunft. Unsere Gesellschaft ist auf gut ausgebildete Menschen angewiesen. Nur wenn Fähigkeiten und Interessen und nicht das Portmonee über eine gute Ausbildung entscheiden, ist die Chancengleichheit in unserer Gesellschaft gewahrt.

Als Co-Präsident der JUSO Thurgau habe ich mich nicht nur für die Anliegen von Schülern und Studentinnen eingesetzt, sondern auch für die Rechte von Berufslernenden. Der duale Bildungsweg ist im Prinzip für viele Junge eine gute Möglichkeit, ins Berufsleben zu starten. Allerdings müssen viele Lernende Überstunden leisten und werden mehr ausgebeutet denn ausgebildet.

Wir SozialdemokratInnen müssen uns für gleiche Bildungschancen für alle einsetzen und für Berufslehren, wo Menschen ausgebildet und nicht ausgebeutet werden.

*Flavio Brühwiler, Bezirk Arbon, 05.07  
Student Geomatik und Planung ETH,  
Präsident JUSO TG, Romanshorn*



## SERVICE PUBLIC

Die Schweiz ist weltweit bekannt für ihren starken «Service public». Ich werde mich dafür einsetzen, dass dies so bleibt.

Ein sehr wichtiger Bereich ist dabei sicherlich die flächendeckende, gut funktionierende Krankenversorgung. Medizinische Versorgung muss auch weiterhin für alle gleichermassen zugänglich sein. Immens wichtig ist der Bereich der ambulanten Krankenversorgung (Spitex), welche durch eine Leistungsvereinbarung mit den Gemeinden für alle EinwohnerInnen unseres Kantons zur Verfügung steht. Langfristig können auf diese Weise sogar Kosten gespart werden,

da die Betroffenen ihren Lebensabend, statt im Alters- und Pflegeheim, in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Dabei darf jedoch die medizinische und pflegerische Ausbildung nicht zu kurz kommen. Damit wir die medizinischen Bedürfnisse abdecken können, müssen wir mehr Ausbildungsplätze schaffen. Die Ausbildung von Ärzten und Pflegepersonal muss uns in Zukunft mehr wert sein.

Ein weiterer wichtiger Bereich des Service public betrifft den öffentlichen Verkehr. Um die immer höher werdende Pendlerzahl bewältigen zu können, darf beim öffentlichen Verkehr nicht gespart werden. Besonders bei Nebenstrecken und kleineren Ortschaften müssen wir uns dafür einsetzen, dass die Busverbindungen erhalten bleiben. Die Reduzierung auf das Nötigste in Bezug auf Busverbindungen muss gestoppt werden. Man stelle sich ein Beispiel vor: Alle Pendler im Hinterthurgau müssten ein Auto zur Verfügung haben, um an grössere Bahnhöfe zu gelangen, das Chaos wäre perfekt. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass im Bereich öffentlicher Verkehr nicht noch weitere Bus- und Bahnverbindungen gestrichen werden.

*Traudi Schöneegger, Bezirk Münchwilen, 05.02  
Geschäftsführerin Selenas, Sirnach*



## SICHERE LÖHNE

Was so einfach klingt, ist komplex. Gute Arbeitsbedingungen und sichere Löhne für Mann und Frau sind nicht wie das Manna vom Himmel gefallen. In harten, gewerkschaftlichen Branchenverhandlungen werden diese erreicht und in Gesamtarbeitsverträgen (GAV) abgesichert. In allen Branchen müssen gute GAVs verankert werden. Arbeitsrechtliche Errungenschaften und soziale Sicherheiten basieren auf ihnen. Durch die heutige Art der Globalisierung der Arbeitsleistung stehen diese unter Druck und drohen zu erodieren.

Vieles ist eine Frage der Kostenwahrheit und der Transparenz, gerade auch im Transportwesen und der Ökologie. Die Ausbeutung von Arbeit und Natur, auch durch Schweizer Wirtschaftsvertreter weltweit, schlägt sich auch negativ in der Schweiz nieder. Deshalb muss sich die Schweiz in der Innen- und Aus-

Liste  
5

# SICHERE LÖHNE

[www.sp-tg.ch](http://www.sp-tg.ch)  
Grossratswahlen 10. April 2016

SP

senpolitik für hohe Standards der Arbeitnehmerschutzbestimmungen einsetzen.

Im selben Ausmass, wie BR Schneider-Ammann mit Wirtschaftsvertretern in der Welt umhertingelt, um Gewinnmöglichkeiten zu erschliessen, muss immer auch gleichberechtigt die Forderung nach Arbeitnehmersicherheit, bezüglich gerechter Löhne und sozialer Sicherheit, erhoben werden.

Für die Schweiz bedeutet dies: Der Auftraggeber und Bauherr trägt Verantwortung für seine Vergabepolitik. Er muss sich bewusst sein: In der Schweiz gilt der GAV und das Vorortprinzip bezüglich Löhnen und Arbeitsbedingungen. Lohndumping wird nicht geduldet.

Ein Teil der dafür nötigen Gesetzesbestimmungen ist da. Die Solidarhaftung verpflichtet den Erstunternehmer, die Differenz zu übernehmen, wenn in der Vergabekette Lohndumping festgestellt wird. Das Verfahren ist jedoch sehr aufwendig und löchrig wie ein Emmentaler. Wir benötigen griffigere Bestimmungen bei der Bekämpfung von Missständen. Bei einem begründeten Verdacht auf Verstösse gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen muss das Arbeitsamt einen Arbeitsunterbruch bei den betreffenden Unternehmen anordnen oder eine BetriebsEinstellung verordnen, wenn eine Firma mit dem Kontrollorgan nicht kooperiert.

Mit solchen Instrumenten erreichen wir, dass der Auftraggeber darauf bedacht ist, seine Aufträge fairen und seriösen Firmen anzuvertrauen, welche die Lohn- und Arbeitsbedingungen achten. Schlawinerfirmen werden ausgeschlossen. Löhne und Arbeitsplätze werden sicherer.

*Alex Granato, Bezirk Weinfelden, 05.06  
Gewerkschaftssekretär, Schreiner,  
Götighofen*



### BEZAHLBARE WOHNUNGEN

In der Bundesverfassung, 3. Kapitel, Artikel 41 wird festgehalten: Bund und Kantone setzen sich in Ergänzung zu persönlicher Verantwortung und privater Initiative dafür ein, dass: jede Person an der sozialen Sicherheit teilhat (Abschnitt a.) und Wohnungssuchende für sich und ihre Familien eine angemessene Wohnung zu tragbaren Bedingungen finden können (Abschnitt e). Tragbare Bedingungen bedeutet, dass der Mietzins  $\frac{1}{3}$  des Einkommens nicht übersteigen darf. Leider sieht es in der Realität oft anders aus. Es ist gerade für Familien und Haushalte mit bescheidenem und mittlerem Einkommen schwierig, eine familienfreundliche und zahlbare Wohnung zu finden. Dies wäre jedoch gerade auch für ihre soziale Sicherheit von grosser Bedeutung. Ein Zuhause ist mehr als nur ein Dach über dem Kopf. Ein Zuhause, in dem ich mich wohl, geborgen und sicher fühle, trägt wesentlich zu gesunden Lebensbedingungen bei. Wenn die öffentliche Hand bezahlbares Wohnen fördert, trägt dies längerfristig zur Attraktivität einer Gemeinde, einem gut funktionierenden Gemeindeleben, einer guten sozialen Durchmischung und einer flo-

rierenden Wirtschaft bei. Daher sind Bund und Kantone gefordert, sich dieser Thematik vermehrt zu stellen und Überlegungen zur aktuellen Wohnsituation anzustellen, diese, zu diskutieren und mit Förderprogrammen umzusetzen. Diese Programme sind bereits vorhanden, werden aber durch den Bund nicht umgesetzt. Wohnbaugenossenschaften sind in der Planung und im Bau durch Gemeinden und Kantone sachlich und beratend zu unterstützen und eigenes Bauland soll zu tragbaren Bedingungen an gemeinnützige Wohnbauträger verkauft werden. Bezahlbares Wohnen wird heute und auch in Zukunft ein Thema sein, das uns beschäftigt: Aktives Handeln ist gefragt.

*Marina Bruggmann, Bezirk Arbon, 05.13  
Geschäftsführerin, Hospizdienst TG,  
Gemeinderätin Salmsach*



### VIelfÄLTIGE KULTUR

Die Schweizer Gemeinwesen bezahlen jährlich Beiträge von rund 2,6 Milliarden Franken an verschiedene Institutionen, Veranstaltungen, Projekte und Kulturschaffende. Der Löwenanteil entfällt auf die grossen Agglomerationen. Zwischen dem altherwürdigen St. Gallen und dem hippen Zürich gelegen, ist der ländlich geprägte Kanton Thurgau daher nicht gerade für eine florierende Kulturszene bekannt. Das liegt an weiteren ungünstigen Voraussetzungen: Ein urbanes Zentrum fehlt, die Angebote der Konkurrenz im nahegelegenen Ausland sind häufig günstiger und viele Politikerinnen und Politiker behandeln den Bereich Kultur – wenn überhaupt – stiefmütterlich.

Kulturpolitisch gilt es aus sozialdemokratischer Perspektive erstens das bestehende Angebot zu erhalten. In bürgerlichen Sparübungen werden regelmässig Beiträge im Kulturbereich gestrichen. Davon betroffen sind neben Freischaffenden und Vereinen auch kommunale und kantonale Ämter, welche Kulturgüter schützen und erhalten, zum Beispiel die Denkmalpflege. Zweitens sollen Institutionen, Veranstaltungen, Projekte und KünstlerInnen gezielt gefördert werden, in erster Linie natürlich finanziell. Für Kulturschaffende genauso wichtig sind Freiräu-

Liste  
5

# STARKER SERVICE PUBLIC

www.sp-tg.ch  
Grossratswahlen 10. April 2016
SP

me, einerseits im Sinne von freien Räumen, die bespielt werden können, andererseits auch im juristischen und politischen Sinne, also ohne bürokratische Hürden oder komplizierte Auflagen durch Behörden. Die Kulturförderung darf zudem nicht vergessen, annehmbare Arbeitsbedingungen für KreativarbeiterInnen zu schaffen. Drittens muss der Zugang zu kulturellen Angeboten für alle erschwinglich sein. Kultur, Bildung und Integration stehen in direkter Verbindung zueinander; über die Kulturvermittlung können Grenzen überwunden werden, der soziale Hintergrund darf dabei kein Hindernis darstellen.

Als SozialdemokratInnen ist uns der Bereich Kultur ein Kernanliegen, denn sich politisch für eine vielfältige Kultur zu engagieren bedeutet auch, sich für eine lebendige Gesellschaft einzusetzen.

*Nina Schläfli, Bezirk Kreuzlingen, 05.04  
Studentin, Kreuzlingen*

Liste  
5

# GERECHTE STEUERN

www.sp-tg.ch  
Grossratswahlen 10. April 2016
SP